

Beschluss des Landrats vom 14.02.2019

Nr. 2526

26. Weg aus der Sackgasse – Hilfe für über 50-jährige Arbeitslose 2018/735; Protokoll: gs

Die Regierung lehne das Postulat ab, sagt Landratspräsident **Hannes Schweizer** (SP). Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

«Ein Mann, der gerne arbeiten möchte und keine Arbeit findet, ist vielleicht der traurigste Anblick, den uns die Ungleichheit des Glücks unter der Sonne sehen lässt», zitiert **Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) einen Aphorismus von Thomas Carlyle, einem schottischen Philosophen aus dem 19. Jahrhundert. Die Beantwortung des Vorstosses überrascht die Rednerin natürlich nicht. Es muss wohl für die betroffenen Personen zynisch klingen, wenn es heisst, dass es sich nur um wenige Fälle handle. Es stimmt schon, dass die über 50-Jährigen nicht primär von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Erstaunlich ist aber, dass von 2010 bis November 2018 die Anzahl der über 50-jährigen Arbeitslosen mit einem Tertiär-Abschluss um über 30 % gestiegen ist. Interessant ist es aber schon, wenn man sich fragen muss, warum generell so viele Betroffene keine neuen Anschlussmöglichkeiten finden. Auch die Anzahl der Aussteuerungen in dieser Altersgruppe hat markant zugenommen. Noch sind die über 50-Jährigen nicht überproportional von der Sozialhilfe abhängig, aber sie werden mehr und mehr zu Sozialhilfeklienten. Die Gemeinden werden sich freuen, wenn in den kommenden Jahren eine Welle an Altersarmut auf sie zukommen wird. Denn bis zur Pensionierung sind die Ersparnisse längst verbraucht. Es ist auch wenig hilfreich für die Betroffenen, wenn es heisst, der demografische Wandel werde die Beschäftigungschancen wohl langfristig verbessern. Je nach Berufszweig wird sich die Nachfrage nach älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern stark in Grenzen halten. Ausserdem bestehen ja immer wieder Bestrebungen beim Bund, das Rentenalter zu erhöhen. Was für ein Paradoxon!

Das Problem besteht jetzt – man kann nicht einfach die Hände in den Schoss legen. Man kann nicht auf bessere Zeiten warten – oder darauf, dass sich in Bern endlich etwas bewegt. Es geht hier um Menschen und ihre Existenz. In der Antwort des Regierungsrats heisst es, dass der Vorstoss verfassungsrechtlich problematisch sei, da er einen erheblichen Eingriff des Staats in den Markt bedeuten würde – oder dass einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt würden etc. Da überrascht es aber durchaus, dass in welschen Kantonen diesbezüglich keine Probleme oder Hindernisse bestehen. Zum Beispiel übernimmt der Kanton Neuchâtel für zwölf bis 24 Monate die Sozialabgaben des Patronats für über 50-Jährige. Der Kanton Genf diskutiert über Überbrückungsrenten. Es sei daran erinnert, dass es sich um ein Postulat handelt – also um die Prüfung und Berichterstattung zu den verschiedenen Modellen. Es geht ja noch gar nicht um die Einführung. Es steht dem Kanton Baselland gut an, hier ein Zeichen zu setzen. Man sollte und darf es sich nicht erlauben, dass qualifizierte Menschen auf der Strasse bleiben. Man sollte daran denken: Es könnte auch die Mitglieder des Landrats oder deren Familienmitglieder treffen.

Die SVP unterstützt die Haltung des Regierungsrats und lehnt das Postulat ab, sagt **Peter Brodbeck** (SVP). Die Regierung hat ihre Haltung im Detail begründet – das muss nicht wiederholt werden. Es ist dem Redner aber ein Anliegen, etwas anderes zum Thema zu sagen: Das Volk stimmte der Masseneinwanderungsinitiative zu, im Wissen, dass nur eine kontrollierte Einwanderung hilft, die damit verbundenen, vielfältigen Probleme zu beheben. Was aber macht das Parlament? Es verwässert die Initiative ins Unkenntliche und erlässt ein zahnloses Gesetz. Die Wirtschaft freut es – und so werden (wie im Postulat erwähnt) weiter jungen Leute aus dem Ausland angeworben; und die über 50-Jährigen haben immer mehr Mühe, eine Stelle zu finden (da ist der Postulantin

Recht zu geben). Anders als den Bundesparlamentariern kann man der Wirtschaft keinen Vorwurf machen. Sie nutzt die Personenfreizügigkeit nach ihren Bedürfnissen aus. Was aber passiert jetzt? Statt den grossmehrheitlich wirkungslosen Umsetzungsentscheid zu korrigieren, haut man noch weiter drauf. Die Wirtschaft soll noch belohnt werden, wenn sie über 50-Jährige einstellt. Da soll noch irgendjemand die Politik verstehen. Die SVP hat hier eine klare Haltung: Die Ursache – dass man die Zuwanderung nicht mehr selbstständig steuern kann – muss bekämpft werden. Es muss nicht nach Lösungen für die negativen Auswirkungen gesucht werden. Bis dies soweit ist, muss man aber einen Weg finden (da ist man mit der Postulantin einverstanden). Man kann wegen der verfehlten Politik die über 50-Jährigen nicht einfach hängen lassen. Aber: Man ist mit dem Weg nicht einverstanden. Darum unterstützt die SVP die von der Regierung aufgezeigten Massnahmen – aber sicher nicht das Anreizsystem der Postulantin.

Adil Koller (SP) hat soeben das Votum gegen die Ausländerinnen und Ausländer der SVP gehört. Das Problem mit den arbeitslosen Ü-50-Menschen ist eine soziale Zeitbombe. So ist es etwas schwierig, was man in der Antwort der Regierung nachlesen konnte. Der Redner kann Béatrix von Sury d'Aspremont absolut folgen. Es sind zwar in der Tat weniger Arbeitslose, aber sie sind länger arbeitslos. Das ist das grosse Problem. Was passiert bei den Leuten, die mit 50 Jahren arbeitslos werden? Sie erhalten 520 Tage Arbeitslosengeld, danach finden sie immer noch keine Stelle, dann müssen sie das Vermögen aufbrauchen, sie müssen alles verkaufen (sogar Schmuck), bis noch CHF 4000 übrig sind. Dann müssen sie das Haus verkaufen – das bedeutet, dass das Wohnen teilweise teurer wird. Dann erhalten sie Sozialhilfe bis zur Rente erhalten. Und dann müssen sie Ergänzungsleistungen beantragen. Das heisst: Es ist wirklich eine schwierige Geschichte. Bislang ging es um die Ü-55, danach geht es um die Ü-50 – man muss annehmen, dass es noch weiter runter geht. Der Redner kennt Fälle von Ü-45 in der Familie, die den Job verloren haben, danach wieder eine Stelle gefunden haben, diese wieder verloren haben. Es ist immer das Gleiche. Die Ü-50 werden konsequent entlassen, in vielen Bereichen der Arbeitsgesellschaft. Darum braucht es jetzt unbedingt Massnahmen in diesem Bereich. Mit dem Anreden gegen die aussenpolitische Öffnung, gegen den Motor der Wirtschaft ist es nicht getan. Etwas mehr Offenheit wäre zu wünschen gewesen. Die Massnahmen, die Béatrix von Sury d'Aspremont vorschlägt, sind nicht unbedingt jene, welche das Herz des Redners freuen – die Prämie beispielsweise ist nicht der erste Gedanke des Redners. Man muss jetzt aber alle Massnahmen prüfen. Darum hat das Postulat die Unterstützung der SP-Fraktion. Es wäre zu wünschen, dass bei dieser Zeitbombe auch die SVP etwas genauer hinschaut – ohne alles auf die Bundespolitik und die Ausländer zu schieben. Das ist viel zu einfach und ungerecht gegenüber den Menschen, die über 50 den Job verlieren.

Es sei schon viel gesagt worden, erklärt **Erika Eichenberger Bühler** (Grüne). Viele Aussagen des Vorredners können unterstützt werden. Die Grüne/EVP-Fraktion wird das Postulat überweisen. Die Rednerin kennt einige sehr gut situierte Personen, Männer vor allem, die mit 50 Jahren arbeitslos werden – worauf ein riesiger emotionaler und sozialer Zerfall stattfindet. Das betrifft nicht nur die Person selber, sondern die ganze Familie. Darum darf man die Thematik nicht nur auf die wirtschaftlichen Aspekte beziehen. Man unterstützt vor allem auch die Idee, die Bundessubventionen zu verlängern – damit man diesen Leuten die Chancen gibt, länger suchen zu können; und sie im Arbeitssuchprozess besser unterstützt sind (Coaching etc.). Es sei den Landräten unbedingt nahegelegt, das Postulat zu überweisen.

Die FDP ist voll bei der Postulantin, führt **Balz Stückelberger** (FDP) aus: Weil es ein sehr sensibles und hochemotionales Thema ist; vor allem, wenn man wie erwähnt über Einzelfälle redet und solche Fälle auch selber kennt. Trotzdem ist es so (es mag dies weniger emotional sein), dass man sich bei der Ausarbeitung eines Gesetzes auch an den Zahlen und an den Regeln orientieren muss. Es ist ein Fakt, dass man in dieser Altersgruppe unter 2 % Arbeitslosigkeit hat. Eine so tiefe

Arbeitslosigkeit rechtfertigt keinen solchen verhältnismässig massiven Eingriff in den Arbeitsmarkt. Zudem wurde abgeklärt, dass es rechtlich erhebliche Probleme gibt. Man hat das Problem der Gleichbehandlung. Das ist ebenfalls nicht sonderlich spektakulär – man muss es trotzdem zur Kenntnis nehmen. Es gibt Steuerharmonisierungsprobleme. Das ist alles bereits in der Stellungnahme der Regierung aufgeführt. In diesem Sinne: Es wäre schön, wenn – aber es geht eben leider nicht.

Ein dritter Punkt wurde ebenfalls erwähnt, die demografische Entwicklung: Jemandem, der jetzt arbeitslos ist, hilft es nichts, wenn man sagt, die Zeit laufe für ihn. Wenn man aber Gesetze macht, muss man dennoch die grossen Linien sehen. Man kann nicht auf Einzelfälle reagieren. Es ist tatsächlich so, dass die demografische Entwicklung für die älteren Arbeitnehmer – eigentlich für alle Ü-45 – spielt. Man steuert auf eine riesige Welle von Pensionierungen zu. Niemand kann es sich leisten, diese Leute frühzeitig hinaus zu werfen oder frühzeitig zu pensionieren. Die Wirtschaft ist jetzt daran, Arbeitsmodelle für ältere Mitarbeitende zu entwickeln; weil man sie ja braucht. Das ist völlig unbestritten. Es ist klar, dass das niemandem hilft, der heute arbeitslos ist. Vielleicht aber ist es ein kleiner Trost, wenn man sieht, dass das Problem sich vielleicht nicht von alleine löst – die Wirtschaft es aber erkannt hat und Massnahmen ergreift. Das Hauptargument aber bleibt: Es ist rechtlich nicht möglich, was hier gefordert wird. Es wäre ein massiver Eingriff in den Arbeitsmarkt, der alleine durch die Zahlen, die man zur Kenntnis nehmen muss, nicht gerechtfertigt ist.

Mirjam Würth (SP) unterstützt den Vorstoss mit aller Deutlichkeit. Es mag sein – dies an Balz Stückelberger –, dass die betroffene Gruppe kleiner ist als 2 %. Ob dort aber auch alle Ausgesteuerten dabei sind, ist zu bezweifeln. Es ist weiter so, dass es sich bei der Altersgruppe, die jetzt zwischen 50 und 60 Jahre alt ist, um die Babyboomer handelt. Die Rednerin gehört auch dazu. Diese Gruppe wird kontinuierlich älter und wird genau in das Problem hineinlaufen. Wenn man also lieber eine höhere Quote will – das kommt von alleine. Die Zeit arbeitet gegen die Babyboomer. Es ist unheimlich wichtig, dass der Kanton hier proaktiv wird. Es gibt andere Kantone (es dürfte St. Gallen sein), welche die Sache umkehren und die Personen über 50 Jahre mit andern Massnahmen unterstützen – sodass sie den Weg zurück in die Arbeitswelt finden. Menschen, die hoch qualifiziert sind und viel Erfahrung mitbringen, dann aber keine Arbeit mehr finden – das ist eine ganz grosse persönliche Niederlage. Es ist wichtig, dass diese Leute wieder auf den Weg kommen. In diesem Sinne: Auch wenn die Forderungen nicht genau das sind, was man umsetzen oder unterstützen kann – der Vorstoss geht genau in die richtige Richtung. Wer über 50 ist (das dürfte bei der Mehrheit im Saal der Fall sein), sollte zustimmen. Man muss Wege finden für jene, welche am Straucheln sind.

Adil Koller (SP) hat noch einige Jahre vor sich, bevor er 50 Jahre alt wird. Gute Freundinnen und Freunde von ihm sind über 50 Jahre alt – darum ist das Thema dem Redner ein wichtiges Anliegen. Man macht hier – dies an Balz Stückelberger – kein Gesetz. Der Regierungsrat prüft und berichtet über Massnahmen. Das ist die Sache wert. Was das Parlament (auch national) immer wieder gemacht hat, ist etwas perfide. Man weiss, dass die Leute länger arbeitslos sind, wenn sie über 50 sind. Dann soll das Rentenalter erhöht werden. Das bedeutet, dass es mehr Leute gibt, welche eine Stelle suchen werden. Das Angebot wird quasi verknappt. Und wenn die Leute trotzdem in die Sozialhilfe fallen, schafft das Parlament den Mechanismus, dass sie bei 70 % anfangen und vielleicht wieder auf 100 % kommen, wenn sie sich ganz fest anstrengen. Bei jedem Schritt – im Job, vor der Rente und in der Sozialhilfe – hat man es den über 50-Jährigen schwieriger gemacht. Man hat ihnen gesagt, sie müssten sich noch etwas mehr anstrengen («es liegt an dir, dass du den Job verloren hast, dass du mit mehr als 65 Jahren noch arbeiten musst und es liegt an dir, wenn du in der Sozialhilfe bist und keinen Job findest – du musst dich etwas mehr anstrengen»). Dieses Menschenbild widerstrebt dem Redner in hohem Mass. Darum muss man den Vor-

stoss jetzt unterstützen – um Massnahmen prüfen zu können, damit die Leute schnell wieder in den Arbeitsprozess gelangen.

Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) hat das Gefühl, im falschen Film zu sein. Man hört von zwei Parteien, dass das Problem wohl existiere und es allen schrecklich leid tue – aber machen will man nichts. Weil viel zu wenig Leute betroffen seien. Das ist ganz speziell. Müssen es 10 000 oder 100 000 Leute sein, bevor man reagiert? Wie kann man akzeptieren, dass die Leute in die Sozialhilfe abgleiten und das Vermögen, das sich die Leute ein Leben lang erarbeitet haben, wegschwindet? Nur weil der Landrat der Auffassung ist, man könne und wolle nichts machen. Es ist doch komisch, wenn es heisst: Das geht nicht. Wieso geht es in Neuchâtel? Warum können die französischsprachigen Kantone etwas tun – nicht aber Baselland? Es ist erstaunlich, solche Voten wie zuvor zu hören. Alle sollten ein soziales Gewissen haben und überlegen, wie man auf solche Probleme reagieren kann. Da könnte man sich hinsetzen und ein Zeichen setzen. Und wie gesagt: Es geht nicht um ein Gesetz, es geht um die Prüfung und die Berichterstattung.

In der Ablehnung des Regierungsrats steht: «Mit Tandem 50+ besteht beim KIGA seit drei Jahren ein sehr erfolgreiches Programm, das diesen Anforderungen entspricht», sagt **Pascal Ryf** (CVP). Als Geschäftsleiter einer Stiftung konnte der Redner kürzlich eine Sekretariatsstelle neu besetzen. Er hat sich entschieden, eine Person über 50 anzustellen. Aus diesem Grund hat der Redner mit Claude Lachat von Tandem 50+ zusammenarbeiten dürfen – dieser war unglaublich froh, weil es viel zu selten der Fall sei, dass Leute über 50 angestellt würden. Als Schulleiter hat der Redner früher viele Anstellungsgespräche durchführen können. Das waren praktisch alles junge Leute. Es war ein Novum, als Geschäftsleiter mit Leuten Vorstellungsgespräche zu führen, die 55 oder älter sind und teilweise seit zwei oder drei Jahren arbeitslos und teils auch ausgesteuert sind – sie sagen, es sei das erste Mal seit zwei Jahren, dass man sie eingeladen habe. Dabei stehen ihnen fast die Tränen in den Augen. Wenn man das CV ansieht, sieht man, dass sie top ausgebildet sind – aber schlicht keine Stelle finden. Sie würden teils sogar für ein Butterbrot arbeiten gehen, weil sie sagen, sie wollten wieder etwas zu tun haben und von der Gesellschaft gebraucht werden. Der Wahnsinn ist, dass es Leute sind, die eine riesige Erfahrung haben – davon kann man nur profitieren. Fakt ist einfach, dass die Sozialleistungen wahnsinnig hoch sind. Wenn man schaut, was man in die PK zahlen muss, wenn man jemanden mit 50 oder mehr Jahren hat – das ist ein Riesenproblem. Da hat das Postulat sicher nicht die Lösung. Man muss aber nicht mit allen Punkten völlig einverstanden sein – es geht nur um ein Prüfen und Berichten. Man muss die Ideen nicht exakt so umsetzen wie im Postulat vorgeschlagen. Der Schritt aber, dass man schaut, was man zur Integration in den Arbeitsmarkt machen kann, ist wichtig. Der Redner hat noch zehn Jahre, bis er 50 ist – er möchte nicht in der Situation sein, zwei oder drei Jahre keine Stelle mehr zu finden und von der Gesellschaft nicht mehr gebraucht zu werden. Das ist wirklich keine parteipolitische Frage – man muss Lösungen suchen. Man hat hier einen Weg, dem Regierungsrat zu sagen, er solle die Möglichkeiten prüfen. Darum soll das Postulat überwiesen werden.

Balz Stückelberger (FDP) möchte nicht, dass die FDP-Haltung falsch verstanden wird. Es geht nicht darum, dass man sagen will, man solle nichts machen. Es geht darum, wer etwas machen soll: Wer ist dafür geeignet und kann etwas bewirken? Vielleicht hat der Landrat ein etwas besseres Gefühl, wenn er sagt, man mache etwas – bewirken wird es nicht viel. Es sind die Arbeitgeber, die etwas machen können – sie haben auch ein Interesse, diese Leute zu halten. Es gibt zudem die Sozialpartner, die etwas machen können. In allen Sozialplänen, die der Redner begleiten darf, ist es mittlerweile Standard, dass man für ältere Mitarbeitende besondere Schutzmechanismen hat. Der Landrat darf nicht meinen, er sei die einzige Institution, die das Problem erkannt hat. Man ist auch in der Schweiz nicht alleine mit der Erkenntnis. Es gibt eine einfache Gleichung aus einer internationalen Studie, die alle Arbeitsmarktregulierung-

gen verglichen hat – sie kann sehr schön aufzeigen, dass in den Ländern mit hohen Schutzmechanismen und -massnahmen für ältere Mitarbeiter eine viel höhere Quote und eine viel längere Dauer der Arbeitslosigkeit bestehen. Die Schweiz schneidet mit einer tiefen Arbeitslosigkeit und der verhältnismässigen kurzen Dauer der Arbeitslosigkeit gut ab – weil man eben einen sehr flexiblen Arbeitsmarkt mit wenigen Schutzmassnahmen hat. Man kann nun sagen, das sei nicht gut – aber offensichtlich hält es die Unternehmen ab, ältere Leute anzustellen, je höher der Schutzmechanismus ist. Es ist eine Tatsache, es ist eine einfache Gleichung. Das muss man im Auge haben.

Die SVP ist nicht ausländerfeindlich, sagt **Caroline Mall** (SVP) – und schon gar nicht in diesem Punkt. Man ist auch beim Anliegen von Béatrix von Sury d'Aspremont. Es ist ein Skandal, dass 50-Jährige oder Menschen ab 45 Schwierigkeiten haben, im Arbeitsmarkt eine Stelle zu finden. Die Rednerin selber arbeitet in dieser Branche und weiss, wie es dort aussieht. Es gibt diese Online-Portale – und die 45-Jährigen, die sich bewerben, werden gleich austriagiert. Die Rednerin setzt sich selber extrem ein für Leute, die seit Monaten oder Jahren eine Stelle suchen – das ist tatsächlich diskriminierend. Es gibt dazu nur einen Weg: Man muss mit den KMU das persönliche Gespräch suchen. Es macht immer wieder Freude, wenn man sieht, dass eine 61-jährige Person wieder eine Stelle hat – nachdem ihr früherer Job nach Polen ausgelagert wurde und man sie deswegen nicht mehr brauchte, oder man einen 25-Jährigen für die Stelle gefunden hat, der dafür in die Schweiz kommen darf. Das ist ein Thema. Die Rednerin verwahrt sich dagegen, dass man schlicht die Schweiz oder die KMU dafür verantwortlich macht und sagt, sie würden die 50-Jährigen diskriminieren. Sie kosten eben Geld – und es ist eben einfacher, wenn jemand aus dem europäischen Raum in die Schweiz kommt und sich eine Arbeitsstelle sucht. Da sagt der Arbeitgeber, die Lohnkosten machten es aus – auch wenn er weiss, dass er den Menschen, der seit 20 Jahren für die Firma gearbeitet hat, weh tut und ihn diskriminiert. Das ist die Thematik.

Darum darf man auch von linker Seite sagen: Ja, die Zuwanderung mag positive Effekte haben – sie hat aber auch negative Effekte, just für die Leute, die 20 Jahre oder länger in einer Firma gearbeitet haben. Es ist nicht zu verstehen, dass man diese Aussage von linker Seite nie zu hören bekommt. Jetzt aber will man eingreifen mit irgendwelchen Mechanismen. Man muss die KMU fragen, ob sie sich bewusst seien, was die Erfahrung bringt. Jetzt kommen von hier und dort einschneidende Vorschläge – das muss man aber auf nationaler Ebene genau anschauen. Man soll nicht immer sagen, die Bürgerlichen oder im Speziellen die SVP seien ausländerfeindlich. Nein – es ist die Zuwanderung, die hier ein ganz grosses Problem geschaffen hat. Heute mag die Quote bei 2 % liegen – wenn man aber weiter macht wie bisher und die Begrenzung nicht endlich in Griff bekommt, wird es noch viel schlimmer.

Es ist tatsächlich ein schwieriges Thema, attestiert **Rolf Richterich** (FDP), vor allem, wenn man als Arbeitgeber angesprochen ist. Man kann das, was jetzt debattiert wird, nicht über einen Leisten schlagen. Es gibt nicht *einen* Fall, der für alle gleich ist. Es dürfte auch nicht in allen Branchen und Jobs genau gleich sein. Es gibt durchaus Branchen und Jobs, wo extrem nach Leuten gesucht wird – und man niemanden mehr findet. Da ist man froh, wenn man einen 50- oder 60-Jährigen anstellen kann. Es geht nicht so sehr um Ausländer oder Schweizer. Zumal es den Ausländer mit der geforderten Qualifikation vielleicht auch nicht gibt (etwa weil er nicht deutsch kann).

Mit dieser Logik ein Problem zu lösen – das schafft man nicht. Mit den Vorschlägen im Postulat – der Redner würde sie als Unternehmer sofort übernehmen. Er hat 50-Jährige eingestellt, einen 60-Jährigen. Das gibt dann noch mehr Bonus. Das ist aber kurzfristiges Denken. Die Politik, die das Problem löst, wird nicht im Landrat gemacht. Sie wird in Bern gemacht. Man muss schlicht den Pensionskassensatz umdrehen. Damit man zuerst am meisten zahlt – und am Schluss des Arbeitslebens am wenigsten. Wer etwas vom Zinseszins versteht, weiss, warum das richtig gedacht ist. Man muss bei den Jungen Kapital ansparen können, mit dem man nachher die Zinseszins-

rechnung machen kann. Dann heisst es aber, es gebe ja keinen Zins mehr. Natürlich hat man einen Zins – 1 % ist ja garantiert. Der Umwandlungssatz ist auch garantiert – er ist immer noch viel zu hoch. Man hat aber noch soziale Fürsorge, man hat eine soziale Komponente drin, auch bei den Unternehmern. Wenn man das mit den Pensionskassen richtig anpassen würde, wäre das grösste Problem der über 50-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die einen Job suchen, gelöst. Man löst das Problem aber nicht hier drinnen – schon gar nicht mit Scheinlösungen, wie man sie im Postulat findet. Das ist Pflasterlipolitik, das ist Gutmenschenpolitik, die nichts nützt. Man muss die Probleme richtig angehen – in Bern. Dann wird das Problem nicht mehr so schwerwiegend sein. Man muss aber auch sagen – an Adil Koller gewandt: Wenn man einen 60-Jährigen einstellt, hat er nur noch vier Jahren vor sich (freiwillig kann er mehr machen). Man muss zudem überlegen, wie die Leute heute gesundheitlich und beruflich dastehen. Sie sind fit und wollen vielleicht auch länger arbeiten. Man muss ihnen die Möglichkeit dazu bieten. Warum man nicht über eine Alterslimite 67 reden kann, muss man sich schon fragen. Die Leute leben länger und wollen länger im Job sein – auch wenn das nicht alle gleichermassen betrifft: Jetzt kommt wieder das Stichwort Bauarbeiter und Bauern, die körperlich und draussen arbeiten. Diese Leute haben heute schon einen GAV, der eine frühere Pensionierung ermöglicht. Dann muss man aber die Vorsorge so staffeln, dass die Pensionierung tatsächlich früher möglich ist. Man hat heute alle Möglichkeiten – sie werden aber nicht genutzt. Das ist das Problem.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) erklärt, dass viel gesagt worden sei. Ein Thema blieb dabei ausgeklammert – bei diesem Thema können alle etwas beitragen. Es habe zu wenig Stellen für die über 50-Jährigen, heisst es. Es hat vielleicht auch zu wenige Stellen für andere. Wie kann man Stellen schaffen? Man kann Stellen schaffen, indem man bei den eigenen Unternehmern einkauft. Das Geld soll nicht hier verdient werden – und dann wird jenseits des Bachs eingekauft, was leider Tausende täglich machen. Wenn der Unternehmer seine Produkte gut verkaufen kann, kann er auch zusätzliche Stellen schaffen. Damit hat man ein entsprechendes Potenzial. Und die Unternehmen können das Problem so lösen. Man soll daheim einkaufen, in der Umgebung. Man soll aber nicht scheinheilig sagen, was die Regierung alles tun sollte – es liegt an jedem Einzelnen. Es gibt an der Grenze eine riesige Kolonne – all die Einkäufe werden nicht bei den einheimischen Händlern getätigt. Was man im Internet einkauft und die Ware von weit her kommt, so verdient damit kein einziger lokaler Unternehmer – und damit ist keine einzige Stelle frei oder geschaffen, die auch einem über 50-Jährigen zupass käme. Alle im Saal können dazu beitragen, wenn sie im Ort einkaufen gehen.

Man löst das Problem nicht, indem man im Stedtli einkaufen geht, sagt **Pia Fankhauser** (SP). Es sind Tausende Leute, die keine Arbeit haben und ausgesteuert sind. Es ist eine gemeinschaftliche Arbeit, dass man diesen Leuten einen Arbeitsplatz bietet. Leider ist es mit mehr Konsum im Stedtli nicht getan.

Wenn man etwas machen will, so sagt **Marc Schinzel** (FDP), so ist es vielleicht gut, wenn Adil Koller mit der Jungpartei spricht, welche die Arbeitszeit auf 25 Stunden pro Woche verkürzen will. Es ist unklar, ob das geeignet ist, um die Wirtschaft so attraktiv zu machen, dass alle Arbeit haben.

://: Mit 40:38 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.
